

## COP 23 - Gendergerechtigkeit und Klimawandel

Das Pariser Abkommen kann nicht realisiert werden wenn wir 55 Prozent der Weltbevölkerung ignorieren.<sup>1</sup>

Dr. Hakima El-Haite, Umweltministerin von Marokko und  
COP 22 Gastgeberin auf dem Women Leaders Summit 2016

Die Weltklimakonferenz 2017 (COP 23)<sup>2</sup> in Bonn hat keine Beschlüsse gefasst, die in die Geschichtsbücher eingehen werden. Bei den geplanten Beiträgen zur Senkung der CO<sub>2</sub> Emissionen klafft eine gewaltige Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Dennoch gibt es eine gute Nachricht, denn auf der COP 23 wurde der erste UNFCCC<sup>3</sup> Gender Action Plan beschlossen. Mit dieser richtungsweisenden Entscheidung wurde die Notwendigkeit einer gendergerechten Politik auf allen Ebenen der Klimawandel Adaptions- und Mitigationsaktivitäten<sup>4</sup> anerkannt und es wurden entsprechende Maßnahmen für die nächsten zwei Jahre vereinbart. Dies ist ein wichtiger Schritt vorwärts in Richtung einer Integration von Gendergerechtigkeit und Menschenrechten im Rahmen des UN Climate Action Plans.

Der Klimawandel wirkt sich auf die verschiedenen Regionen, Staaten, Gemeinden, Haushalte sowie auf Männer und Frauen unterschiedlich aus. Einerseits ist vielfach bekannt, dass in den Ländern des globalen Südens Frauen die Folgen des Klimawandels härter treffen, andererseits findet das keinen Niederschlag in den entsprechenden Programmen und Politiken. Und das obwohl die Hälfte der Bevölkerung auf der Erde weiblich ist. Zudem ist die Ausgangssituation für die Geschlechter durchaus unterschiedlich, insbesondere in den Gesellschaften in denen Frauen nicht als ökonomisch und sozial gleichberechtigt behandelt werden. Dieses Machtungleichgewicht wirkt sich auch auf Möglichkeiten aus, auf den Klimawandel antizipierend und handelnd zu reagieren.

Häufig werden Frauen bei Planungen unzureichend berücksichtigt. Einerseits mangelt es ihnen oft am Zugang zu Wissen, Information und zu Institutionen sowie an finanziellen Mitteln, Besitz und Vermögen, wodurch sie nicht gut auf mögliche Katastrophen und Notlagen vorbereitet sind. Andererseits sind sie stärker belastet, wenn klimafolgenbedingt die Reproduktionsarbeit z.B. durch weitere Wege und höheren Aufwand im Subsistenzanbau zunimmt. Die von Frauen oft unbezahlt getragene Versorgung und Pflege („Care-Economy“) ist besonders drastisch von den Klimawandelfolgen betroffen. Dennoch werden Frauen im politischen Raum und in Fachdebatten kaum gehört, ihre Perspektiven gehen folglich nicht oder bloß ungenügend in globale wie lokale Vorhaben und Entscheidungen zu Adaptions- und Mitigationsplänen ein.

Forderungen diese Fakten und Überlegungen in den Klimarahmenkonventions-Prozess mit einzubeziehen wurden schon seit langem gestellt. Bereits in Doha wurde 2012 ein Beschluss für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Geschlechtern in diesem UNFCCC-Prozess gefasst. Doch erst jetzt in Bonn auf der COP 23 wurden der bereits 2016 in Marrakesch geforderte Aktionsplan sowie die finanzielle Förderung des dazu gehörenden Arbeitsprogramms fest beschlossen.<sup>5</sup>

Schon im Vorfeld der COP 23 wurde vielfach betont, dass die Partizipation von Frauen in Klimaangelegenheiten besonders verankert werden sollte. Die Verabschiedung des Gender Action Plans' (GAP)<sup>6</sup> am 13. Nov. 2017 markiert einen wichtigen Erfolg auf dem Weg zur

Gleichberechtigung der Geschlechter im globalen Umgang mit Klimaangelegenheiten. Der GAP hält fest, dass einer gendergerechten Klimapolitik in jeglicher Hinsicht weiterhin besondere Bedeutung geschenkt werden muss. Das Ziel ist, eine gendergerechte Klimapolitik zu fördern, diese Perspektive in der Umsetzung des Vertrags und bei der Arbeit aller Interessengruppen in den Vordergrund zu rücken sowie die volle und gleichberechtigte Mitwirkung von Frauen an den Verhandlungen voranzubringen. Darüber hinaus regelt der GAP die Umsetzung der Vereinbarungen dieses globalen Plans in den nationalen Klimaplänen

Die Inhalte des ‚Gender Action Plans‘ werden in fünf Kategorien unterteilt. Die Argumentation bezieht sich jedoch ausschließlich auf die gleichberechtigte Partizipation der Geschlechter an Klimaverhandlungen, Klimafinanzierungs- und -Anpassungsprogrammen. Gendergerechtigkeit, die Aspekte mit einbezieht, die über den Klimawandel hinausgehen, wird im GAP nicht formuliert. Entwicklungspolitische Maßnahmen etwa, die ebenfalls eine wichtige Rolle - auch in nationalen Klimaplänen - spielen, wurden ausgeklammert.

Der Gender Action Plan, der auf der COP 23 verabschiedet wurde, strebt folgendes an:

- Verbesserten Zugang zu gendergerechter Bildung und Ausbildung auf lokaler und nationaler Ebene zu allen Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen, die im Rahmen des UNFCCC, einschließlich des Übereinkommens von Paris, beschlossen wurden.
- Mittel, um die Teilnahme von Frauen in nationalen Delegationen zu unterstützen.
- Aufbau von Kapazitäten zum Thema der Integration von Genderaspekten in den Klimaschutz und um ausgewogene Geschlechtergleichstellungsziele zu erreichen.
- Einen geschlechtergerechten Zugang zu Finanzmitteln sowie eine gendergerechte Haushaltsplanung der Regierungen bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen.
- Evaluierung der Umsetzung der Entscheidungen.<sup>7</sup>

Der erste Bericht zur Fortschrittskontrolle der Umsetzung des neuen Gender Aktionsplans in nationale Vorhaben wird auf der COP 25 im November 2019 erwartet. Interessant dürfte dann sein, ob sich tatsächlich bereits Änderungen am jetzigen Zustand absehen lassen. Denn bislang gilt für den gesamten Raum Asia-Pacific dass Gender-Daten nirgends in nationalen Pläne zu finden sind und das obwohl gerade dort die Mehrzahl der Frauen bis heute weitestgehend in der informellen und reproduktiven Arbeit beschäftigt ist. Frauen sind in diesen Ländern oftmals die Hüterinnen des Wissens über Gartenbau und Landwirtschaft und die natürlichen Ressourcen. Gerade in diesen Bereichen bestehen Möglichkeiten für adäquate Lösungen in Bezug auf den Klimawandel, die von Frauen ausgefüllt werden könnten. Doch selbst wo Adaptionenprogramme diese Möglichkeiten bereits aufgreifen, werden sie bis heute äußerst selten in die Tat umgesetzt.

Bereits vor der Klimakonferenz in Bonn hatten allerdings die Europäische Union und Indonesien das sog. EU-Indonesia Blue Book (2017) veröffentlicht, in welchem erstmals auch nachhaltige Entwicklungsziele (SDGs, Sustainable Development Goals) zu Genderfragen festgehalten werden.<sup>8</sup> Die Schwerpunkte dabei sind Geschlechtergerechtigkeit sowie die soziale, politische und ökonomische Ermächtigung von Frauen (‚empowerment‘). Das Blue Book zeigt auch, dass eine generelle Aussage über bestehende Ungleichheiten zwischen Männern

und Frauen schwierig ist, weil z.B. Indonesien landesweit betrachtet ein äußerst heterogenes Land ist, in welchem sich Geschlechterverhältnisse von Stadt zu Land oder unter den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen stark unterscheiden.

In Bonn, wo Fidschi den COP-Vorsitz innehatte, haben die kleineren Inselstaaten, insbesondere jene des Pazifiks, erwartungsgemäß auf eine rasche Einrichtung und Nutzung des geplanten Klimawandel-Fonds für die Finanzierung von Anpassung an die klimatischen Veränderungen und einen finanziellen Ausgleich für entstandene klimabedingte Schäden gedrungen. Es geht ihnen dabei nicht bloß um ihre materiellen Schäden sondern auch um die kulturellen Verluste, die eintreten, wenn etwa ganze Bevölkerungen infolge des Klimawandels umgesiedelt werden müssen. Solche existentiellen Beeinträchtigungen müssten von den Hauptverursachern - den großen Industrienationen - ausgeglichen werden, wurde argumentiert. Doch die besondere Rolle von Frauen als Ernährerinnen ihrer Familien und Kulturbewahrerinnen fand dabei kaum Beachtung. Dies kann nicht völlig verwundern, denn auch für die Pazifikinseln fehlen nach wie vor noch wichtige klimabezogene Daten, insbesondere was Geschlechterbeziehungen und die Komplexität des Themas betrifft.

Wenn tatsächlich eine Veränderung in Richtung Gendergerechtigkeit erreicht werden soll, müssen Einstellungen und Verhalten quer durch die Gesellschaft hindurch, also bei Männern und Frauen, geschehen. Nur dann lässt sich verhindern, dass die momentan bestehende geschlechtsspezifische Ungleichheit durch den Klimawandel zukünftig weiterhin verstärkt wird. Deshalb müssen weitere Lebensbereiche und Themen wie Maskulinität sowie überkommene Machtverhältnisse in die Debatte einbezogen werden. Die Pazifikregion hat einen großen Nachholbedarf was solche Veränderungen betrifft, denn sie ist im internationalen Vergleich, wenn es um Gendergerechtigkeit geht, deutlich bei den Schlusslichtern.

Hilda Heine, die amtierende Präsidentin der Marshall Inseln, schien in Bonn in Bezug auf den GAP optimistisch. Sie schrieb: „In the next two years, the plan will aim to increase the number of female climate decision-makers, train male and female policymakers on bringing gender equality into climate funding programmes, and engage grassroots and indigenous women’s organisations for local and global climate action.“<sup>9</sup>

Die COP 25 wird Ende 2019 eine erste Gelegenheit bieten, zu überprüfen, was von diesen Zielen in die nationalen Aktionsprogramme eingeflossen und möglicherweise bereits umgesetzt ist, und inwieweit sich positive Veränderungen erkennen lassen, bzw. Frauen eine aktive Rolle beim Kampf gegen den Klimawandel spielen konnten.

---

<sup>1</sup> <http://news.vattenfall.com/de/article/direkt-von-der-cop22-die-frauen-zeiten-des-klimawandels>

<sup>2</sup> COP: Conference of the Parties (Vertragsstaatenkonferenz), die jährlich an einem anderen Ort stattfindende UN-Klimakonferenz bzw. Welt-Klimakonferenz. Zu Details siehe: <https://de.wikipedia.org/wiki/UN-Klimakonferenz>

<sup>3</sup> UNFCCC: United Nations Framework Convention on Climate Change, Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen. In dem Klimaschutzabkommen bekennen sich die Vertragsstaaten zur Gleichstellung der Geschlechter und erkennen an, dass sie im Rahmen ihrer Maßnahmen gegen den Klimawandel zur Achtung und Förderung der Menschenrechte verpflichtet sind.

<sup>4</sup> **Adaption** bezeichnet Anpassungsmaßnahmen, um die Folgen des Klimawandels zu verringern. **Mitigation** bezeichnet Minderungsmaßnahmen, welche zu einer Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen führen.

<sup>5</sup> <http://womensgenderclimate.org/>

---

<sup>6</sup> <http://unfccc.int/resource/docs/2017/sbi/eng/l29.pdf>

<sup>7</sup> <http://news.trust.org/item/20171122081712-4k7mf/>

<sup>8</sup> [https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/euidnbluebook2017\\_0.pdf](https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/euidnbluebook2017_0.pdf)

<sup>9</sup> <https://www.theguardian.com/environment/2017/nov/15/global-climate-action-must-be-gender-equal>

Bericht Marion Struck-Garbe. Eine Langfassung des Berichts wurde im Rahmen des Seminars „Gender, Environment and Climate Change in Asia-Pacific“ im Wintersemester 2017/18 am Asien-Afrika-Institut, Universität Hamburg, gemeinschaftlich von Naelil Quincke, Julian Huesmann, Paula Hennings, Joelle Bavoux, Christian Otto, Elisa Imanuwarta, Sophie Grobe, Vanessa Sembiring und Sarah Veil erstellt.